

«Der Vorschlag, ukrainische Territorien an Russland abzutreten, ist schlicht unmoralisch»

Die ukrainische Anwältin Olexandra Matwitschuk warnt vor faulen Kompromissen mit dem Putin-Regime

Frau Matwitschuk, im Dezember konnten Sie in Oslo den Friedensnobelpreis entgegennehmen. Es heisst, sie hätten Ihre Dankesrede daheim in der Küche bei Kerzenlicht geschrieben. Ist das eine Legende?

Nein, das ist keine Legende, sondern unsere Realität. (Lacht.) Im Herbst intensivierte Russland seine Luftangriffe auf die zivile Infrastruktur in der Ukraine, um Millionen von Menschen der Versorgung mit Elektrizität, Heizwärme und Wasser zu berauben. Im Dezember hatten wir in unserer Wohnung in Kiew tagelang keinen Strom; deshalb schrieb ich meine Rede bei Kerzenlicht und mithilfe meiner Handy-Lampe.

Auch Ihr Mobiltelefon mussten Sie irgendwann aufladen.

Genau. Aber meist hilft die menschliche Solidarität. Manche Stadtteile hatten noch Strom, und so konnte man dort Hilfe bekommen. Es gab Firmen, die Generatoren aufstellten und die Leute einluden, ihre Telefone gratis aufzuladen oder Wasser zum Kaffeemachen zu holen. Manche Nachbarn schrieben im Quartier-Chat, sie hätten einen funktionierenden Gasherd – wer wolle, dürfe bei ihnen kochen. Diese Solidarität half uns, den Winter zu überstehen. Ich wünsche keinem Land, unsere Erfahrung durchmachen zu müssen, denn Krieg ist grauenvoll. Aber diese dramatische Zeit gibt den Menschen die Chance, ihre besten Charakterzüge zu zeigen.

Sie haben zur Dokumentation russischer Kriegsverbrechen Hunderte von Überlebenden befragt. Wie bewältigen Sie das persönlich, wenn man so direkt mit dem menschlichen Bösen konfrontiert wird?

Das ist eine schwierige Frage, weil ich die Antwort nicht weiss. Wir Ukrainer haben alle emotionale Hochs und Tiefs. Wir nennen es unsere «emotionale Barrikade». Wir müssen uns manchmal hinter diese Barrikade zurückziehen, neue Kräfte sammeln und dann unseren Kampf fortsetzen. Für mich war eine persönliche Erfahrung wichtig: 2014 war ich die einzige Frau in einer Gruppe von Menschenrechtlern, die einen Bericht über illegale Festnahmen, sexuelle Gewalt, Folter und Tötungsdelikte im Donbass-Krieg zusammenstellten. Ich meldete mich für das Kapitel zu Folter – nicht weil mich diese Fälle besonders interessierten, sondern weil ich mich an diesen Horror gewöhnen wollte. Ich scheiterte. Es war unmöglich, gleichgültig zu sein. Ich fühle bis heute Schmerz bei jeder Geschichte eines Opfers. Noch



Die Menschenrechtsanwältin Olexandra Matwitschuk fordert eine umfassende Aufarbeitung russischer Verbrechen im Ukraine-Krieg.

KARIN HOFER / NZZ

immer bin ich überrascht über das Ausmass der Grausamkeit. Wahrscheinlich ist das gut so. Denn sonst hätte ich meine menschliche Empathie verloren.

Was haben Ihre Untersuchungen ergeben, welche Arten von Kriegsverbrechen fallen besonders ins Gewicht?

Es gibt fast kein Kriegsverbrechen, das die Russen noch nicht begangen haben. Russische Truppen beschliessen absichtlich Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, Spitäler und Museen. Sie greifen Fluchtkorridore an und setzen verbotene Waffen in dicht besiedelten Gebieten ein. Russland organisiert die Deportation von

Zivilisten und die erzwungene Adoption von ukrainischen Kindern, die zu «Russen» umgezogen werden sollen. Die Besetzer foltern, verüben sexuelle Gewalt, entführen Menschen, begehen Morde und andere Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Kurz: Sie verletzen nicht nur die Genfer Konventionen. Sie verursachen mit Absicht enormes Leid mit dem Ziel, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Es ist ein grausames Experiment, die Menschen in einen Zustand der Hilflosigkeit zu versetzen.

Die ukrainische Staatsanwaltschaft hat mehr als 80 000 Verbrechen in diesem

Krieg registriert. Diese riesige Zahl zu untersuchen, dürfte die ukrainische Justiz überfordern. Was schlagen Sie darum vor?

Wir benötigen eine breitgefächerte Strategie. Ein Element darin ist ein neu zu schaffendes Sondertribunal für das Verbrechen des Aggressionskrieges. Denn im vorliegenden Fall hat derzeit kein Gericht, nicht einmal der Internationale Strafgerichtshof (ICC), Zuständigkeit für dieses Verbrechen. Aber daneben gibt es viele weitere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insgesamt Zehntausende von Fällen. Selbst das beste Rechtssystem der Welt könnte das nicht bewältigen, erst recht nicht in Kriegzeiten. Deshalb benötigen wir mehr als nur ein Sondertribunal.

Welche Rolle sehen Sie für den ICC, der kürzlich Anklage gegen Präsident Putin erhoben hat?

Die Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs ist extrem wichtig. Dank einer Kampagne unserer Organisation hat die Regierung in Kiew die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Kriegsverbrechen in der Ukraine anerkannt, obwohl unser Land kein Mitglied des ICC ist. Aber dieser Gerichtshof begrenzt seine Ermittlungen auf wenige ausgewählte Fälle. Die Frage stellt sich, wie die vielen Opfer, deren Fall nicht aufgegriffen wird, zu ihrem Recht kommen – gewöhnliche Bauern, Lehrer und andere Leute, deren Schicksale nicht im Scheinwerferlicht der internationalen Medien stehen. Für sie brauchen wir ein neues, hybrides Modell, eine Verstärkung der nationalen Justiz mit ausländischer Hilfe.

Wie könnte das konkret funktionieren?

Nationale Richter müssten mit internationalen Richtern zusammenarbeiten, nationale Staatsanwälte mit internationalen Staatsanwälten. Die Ukraine kann diese Herausforderung nicht alleine bewältigen. Es braucht eine Sonderstaatsanwaltschaft und Sondergerichte, in denen ausländische Experten integriert sind und einen speziellen prozeduralen Status geniessen. Berater brauchen wir nicht, denn es fehlt uns nicht an Fachkenntnissen. Aber wir haben schlicht zu wenig Hände, um die Arbeit zu verrichten.

Sogenannte Realisten wenden gegen die Idee eines Sondertribunals ein, dass man Putin nicht mit einem Prozess drohen sollte, sondern ihm einen gesichtswahrenden Ausweg anbieten muss. Was sagen Sie dazu?

Es ist Wunschdenken, zu glauben, dass Putin den Krieg dann beenden würde. Das entspricht nicht der Logik von autokratischen Herrschern. Diese stoppen erst, wenn man sie stoppt. Wenn sie jedoch Schwäche spüren, greifen sie an. In Kompromissen, Dialog und im Völkerrecht – was wir als zivilisatorische Errungenschaft betrachten – sehen sie lediglich Zeichen von Schwäche.

Das jedoch bedeutet, dass die Ukraine im Moment nicht primär gerichtliche Verfahren braucht, sondern Waffen. Putin kann doch nur auf diese Art gestoppt werden?

Ja. Seit Beginn des Krieges befinde ich mich in einer bizarren Situation. Wenn immer mich Politiker oder Journalisten fragen, wie man die Menschenrechte der ukrainischen Bürger in den besetzten Gebieten am besten schützt, antworte ich: «Versorgt die Ukraine mit Waffen, damit sie diese Gebiete befreien kann. Es ist der einzige Weg.» Das ist eine furchtbare Aussage für eine Menschenrechtsanwältin, aber sie entspricht der Realität. Wir können diese Leute nicht einfach einem Schicksal von Folter und Tod überlassen. Auch darum ist der Vorschlag, Russland ukrainische Territorien abzutreten, schlicht unmoralisch. Russen veröffentlichen sogar Videos davon, wie sie Ukrainern den Kopf abschneiden. Wie kann man in dieser Situation einfach sagen: «Tun wir besser nichts», und es zulassen, dass die unter der Besatzung lebenden Menschen von den Russen gefoltert, vergewaltigt und ermordet werden?

Interview: Andreas Rüesch

Juristin im Einsatz für Menschenrechte

A. R. · Die 39-jährige Juristin Olexandra Matwitschuk leitet das Zentrum für Bürgerfreiheiten, eine 2007 von ihr mitbegründete Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Kiew. Das Zentrum für Bürgerfreiheiten erhielt 2022 in Anerkennung seiner Verdienste um die Dokumentierung von Kriegsverbrechen den Friedensnobelpreis, zusammen mit einer russischen Bürgerrechtsorganisation und einem weissrussischen Menschenrechtler. Matwitschuk erlangte dadurch auch international grössere Bekanntheit. Vergangene Woche weilte sie kurz in der Schweiz und trat an der Universität St. Gallen im Rahmen des diesjährigen «St. Gallen Symposium» auf.

Ein Streit um Privilegien und Land entlädt sich in Gewalt

Im Nordosten Indiens führen Kämpfe zwischen Bevölkerungsgruppen zu mehr als 50 Toten und vielen Vertriebenen – Premierminister Modi schweigt

ANDREAS BABST, DELHI

Im indischen Teilstaat Manipur sind alte Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen eskaliert. Bei ethnischen Unruhen gab es in den vergangenen Tagen laut lokalen Medienberichten mindestens 50 Todesopfer. Hunderte Personen sind hospitalisiert. Bilder und Videos zeigen brennende Häuser und Kirchen. 23 000 Menschen sind vor der Gewalt geflüchtet und leben derzeit in Militärunterkünften. Laut der indischen Regierung ist die Situation derzeit stabil.

Die zwei sich bekämpfenden Gruppen sind die Kuki und die Meitei. Die Regierung in Delhi verordnete eine Ausgangssperre, das mobile Internet war über Tage abgeschaltet. Die Armee ist im Einsatz, laut indischen Medien patrouilliert sie den Teilstaat mit Helikoptern und Drohnen. Rund 10 000 Soldaten wurden nach Mani-

pur abbestellt. Die Regierung des Teilstaats erliess einen Schiessbefehl gegen Unruhestifter.

Fragiles Gleichgewicht

Die Gewalt brach aus, nachdem Stammesführer vergangene Woche zum Protest aufgerufen hatten. Tausende nahmen an der Demonstration teil. Die Teilnehmer protestierten gegen die Aufnahme des Meitei-Stammes in die Gruppe der «Scheduled Tribes», der «registrierten Stämme».

Indien ist Heimat von unzähligen Stammesgruppen und Ethnien. Um die historischen Benachteiligungen auszugleichen, werden einige von ihnen als «Scheduled Tribes» erfasst – ein Angehöriger einer solchen Gruppe geniesst Vorteile, wenn es um Stellen im Staatsdienst, politische Posten oder den Zugang zu Universitäten geht. Rund die

Hälfte der Bewohner Manipurs sind Meitei. Das Gleichgewicht zwischen den Stämmen im Nordosten Indiens ist fragil: Es geht immer wieder um Privilegien, aber auch um Land. Stämme wie die Kuki leben in den Wäldern und Bergen Manipurs, sie fühlen sich benachteiligt, ungehört und immer wieder zu Unrecht vertrieben.

Jüngst räumte die Lokalregierung mehrere Siedlungen, weil sich diese angeblich in einer Waldschutzzone befinden. Die Menschen in diesen Siedlungen können oft nicht beweisen, dass sie das Land rechtmässig besitzen, es gibt keine entsprechenden Dokumente. Das Land wurde einfach von Generation zu Generation weitervererbt.

Die Unruhen zwischen Kuki und Meitei schwelen schon länger, Lokalpolitiker bezeichneten Kuki als illegale Immigranten aus dem benachbarten Myanmar, unterstützt von dortigen

Drogenhändlern. Der Nordosten Indiens grenzt vielerorts an Myanmar, die Region ist mit dem Rest des Landes einzig durch einen dünnen Landstrich verbunden, den Siliguri-Korridor, auch «Chicken's Neck» genannt, der Hühnerhals. Er ist ein Überbleibsel der kolonialen Grenzziehung nach der Teilung des Landes im Jahr 1947.

Der Nordosten Indiens unterscheidet sich ethnisch und kulturell stark vom restlichen Indien. So leben in Manipur beispielsweise über vierzig Prozent Christen, im gesamten Land sind es nur über zwei Prozent. Die Region ist abgeschieden und weniger entwickelt als der Rest Indiens. Ausländische Journalisten sind im Nordosten nicht zugelassen.

Vorwürfe an die Regierung

Der nationale Oppositionsführer Rahul Gandhi versuchte am Wochenende, die

Unruhen politisch zu nutzen. Er beschuldigte die Regierungspartei BJP, Hass in Manipur gesät zu haben. Die BJP hatte zuletzt im Teilstaat Manipur Sitze gewonnen und stellt die Mehrheit im Parlament. Der Chefminister Manipurs ist ein BJP-Politiker. Zwar könnten die derzeitigen politischen Mehrheiten zu den Unruhen beigetragen haben, allerdings dürfte der Groll zwischen den Stämmen in Manipur tiefer liegen.

Premierminister Narendra Modi selbst befand sich während der Gewalt auf einer Wahlkampftour für seine Partei im südindischen Karnataka. Dort wirkte er erstaunlich ungerührt von der Gewalt in Manipur. Er erwähnte den Teilstaat in keinem seiner öffentlichen Auftritte. Auch auf Twitter, einem von Modis bevorzugten Kommunikationskanälen, veröffentlichte er kein Statement zu den Unruhen.